

## Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie

vom:            **01.09.2022**  
von:            **17:00 Uhr**  
bis:            **18:00 Uhr**  
Ort:            **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,  
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

### Anwesend waren:

#### Vom Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie:

Stv Krumm, Heike        - als Vorsitzende

Stv Christian, Thomas

AM Dinter, Oliver

Stv Grimm, Benjamin

Stv Groß, Michael

AM Hinkel, Peter

vertritt Dr. Zybill, Christian

Stv Hof, Felix

AM Kammann, Jacob

AM Klaas, Henner

Stv Mäckeler, Bernd

vertritt Boller, Joachim

AM Michel, Bärbel

AM Schloos, Ulrich

vertritt Becker, Melanie

AM Schneider, Walter

Stv Shirley, Julia

Stv Six, Annette

Stv Sondermann, Christian Paul

#### Beratende Mitglieder:

AM Katz, Heike

AM Semper, Manfred

AM van Overloop, Lorenz

vertritt Wiegel, Roland

Als Zuhörer:

AM Plümer, Barbara	
AM Scherzberg, Nicole	- während TOP 1
Stv Schwarzer, Michael	- während TOP 1

Von der Verwaltung:

StBR Schumann	
Städt. OVR Schmidt, O.	- ab 17.26 Uhr
Städt. VR Runge	
VA Daschke	
VA Dr. Wiedemann	
VA Bergholz	
VA Daub	
VA Meier	- als Schriftführerin zu TOP 1
VA Mockenhaupt	- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Boller, Joachim	vertreten durch Stv Mäckeler, Bernd
Stv Becker, Melanie	vertreten durch AM Schloos, Ulrich
AM Bornhütter, Nils	
Stv Zybill, Dr. Christian	vertreten durch AM Hinkel, Peter
AM Häger, Stephan	
IntRM Tahmaz, Hanan	
AM Weiskirch, Jürgen	
AM Wiegel, Roland	vertreten durch AM van Overloop, Lorenz
AM Zapletal, Martin	

**A.      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Die Beratung des Tagesordnungspunktes 1 erfolgt gemeinsam mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften des Rates der Universitätsstadt Siegen.

Die Sitzungsleitung der gemeinsamen Sitzung obliegt Herrn Rujanski.

Herr Rujanski gratuliert im Namen der Ausschussmitglieder Herrn van Overloop zum Geburtstag.

## 1. Beschluss der Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts (IHaKo) für die Siegener Innenstadt

Vorlage Nr. VL 999/2022

Aus Gesprächen mit dem Land habe sich ergeben, dass die Förderstrategie für das Projekt „Siegen. Wissen verbindet“ angesichts der Stufen-Planung noch einmal überarbeitet werden müsse, erläutert Herr Schumann. Die Stellung des Rahmenantrags für die Gesamtmaßnahme „Siegen verbindet“ werde aufgrund der sich dadurch ergebenden zeitlichen Verschiebungen voraussichtlich erst nächstes Jahr erfolgen. Da das IHaKo Fördergrundlage für den vorgenannten Rahmenantrag sei, werde die Vorlage nun vorerst zurückgezogen. Angesichts der durch die neuen Erkenntnisse nötig gewordenen Neuausrichtung des Rahmenantrags müsse auch das zugrunde liegende IHaKo zunächst nochmals angepackt und zu gegebener Zeit neu in die Politik eingebracht werden. Eine inhaltliche Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt habe daher wenig Sinn.

Herr Groß regt an, dass alle Fraktionen ihre Anregungen und Änderungsvorschläge der Verwaltung in Schriftform zukommen lassen, damit diese in der neuen Vorlage Berücksichtigung finden.

Diesen Vorschlag begrüßt Herr Schumann ausdrücklich. Man werde auch die Gelegenheit für einen Austausch – gerne im Arbeitskreis, den kommenden Sitzungen oder in gesonderten Terminen – haben.

⇒ *Aufgrund sich kurzfristig ergebener zeitlicher Verschiebungen und Überarbeitungsbedarf, wird die Vorlage zurückgezogen und voraussichtlich im nächsten Jahr erneut beraten.*

**15. AfUKE 01.09.2022**

## 2. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 24.05.2022

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

**15. AfUKE 01.09.2022**

## 3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

**15. AfUKE 01.09.2022**

#### 4. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

##### 4.1 Jahreswechsel 2023/24 - Antrag der Volt-Fraktion -

Vorlage Nr. VL 1015/2022

Zunächst erläutert Herr Kammann den Antrag der Volt- Fraktion.

Es ergibt sich eine kontroverse Diskussion, an der sich die Herren Christian, W. Schneider, Nüchtern, Schloos, Groß, Grimm, Hof, Overloop sowie Frau Six und Frau Plümer beteiligen.

Die Aussprache wird wie folgt zusammengefasst:

- Der Antrag wird überwiegend skeptisch gesehen, da unabhängig von einer Drohnenshow das Silvesterfeuerwerk durch den Bürger bereits erworben worden sei und Feuerwerksverbotszonen schwierig zu überwachen seien. Darüber sei bereits im Rat berichtet worden. Den Appell an die Bevölkerung auf das Abbrennen von Feuerwerk zu verzichten sowie über die damit verbundenen Schäden aufzuklären, könne man unterstützen. Bei der derzeitigen Situation wo man finanziell nicht wisse, was noch auf den Haushalt zukomme, Haushaltsmittel von 30.000 Euro zu diesem Zweck einzusetzen, wird kritisch gesehen. Auch der Bürger werde für sich die Entscheidung treffen zu „böllern“ oder stattdessen zu heizen. Da Siegen von Wald umgeben sei, betreffe die Einrichtung von Feuerwehrverbotszonen in der Nähe von Waldgebieten sowie in dicht besiedelten Gebieten das gesamte Stadtgebiet.  
Die Notwendigkeit der Durchführung einer Massenveranstaltung im Winter unter der Voraussetzung, dass es nach wie vor Corona gebe, wird kritisch thematisiert. Außerdem animiere man dadurch die Bevölkerung, an einem Tag, an dem auch Alkohol konsumiert werde, sich per Fahrzeug in die Stadt zu begeben, um sich die Drohnenshow anzusehen. Eine solche Veranstaltung sei nicht mit einem Stadtfest im Sommer vergleichbar.
- Teilweise wird die Idee des Antrages grundsätzlich für gut gehalten. Wollte sich eine Kommune entwickeln, müssten auch Maßnahmen ergriffen werden, die eventuell nicht viel kosten, aber eine große Wirkung zeigen. Auch müsse eine Kommune auf mögliche Schäden hinweisen und restriktiver gegen Verstöße vorgehen können, wenn es um Zukunftsentwicklungen gehe, die man erreichen wolle.  
Dies rechtlich und gegenüber der Bevölkerung durchzusetzen, wird jedoch als schwierig angesehen. Der Ansatz, wenn man einerseits etwas wegnehme, andererseits eine Alternative anzubieten, sei jedoch positiv.  
Es wird im Rahmen der Aussprache angeregt, es für einen kleinen Bereich auf einem geeigneten Gelände, ggf. dem Oberen Schloss, einmal auszuprobieren, um festzustellen, wie es bei der Bevölkerung ankomme. Die Verwaltung könne prüfen, ob eine solche Veranstaltung in einem begrenzten Rahmen machbar sei, sollte der Aufwand zu groß oder die Veranstaltung zu teuer sei, könne diese immer noch verworfen werden.
- Eine Drohnenshow, die interessant genug sei, um sie sich anzusehen, sei sicherlich nicht unter 100.000 Euro zu haben. Eine solche Veranstaltung an diesem Tag entlaste auch nicht das Sicherheits- und Krankenhauspersonal, die bereits überlastet seien.
- Es wird kritisiert, dass sich der Antrag mit kleinen Veränderungen jedes Jahr wiederhole.

- Die Nutzung von Feuerwerkskörpern von Personen, die sich mit der Thematik auseinander gesetzt hätten, habe sich in den letzten Jahren bereits reduziert. Vor diesem Hintergrund sei die Intension eine Alternative anzubieten gut, werde aber voraussichtlich nicht so funktionieren, wie man sich dies vorstelle. Personen, die im privaten Umkreis feierten und Feuerwerk einsetzten, würden nicht in die Innenstadt fahren, um sich die Drohnenshow anzusehen. Inhaltlich überzeuge der Antrag nicht, um Geld für etwas auszugeben, was den gewünschten Effekt nicht erreiche, da es nicht angenommen werde.
- Die Finanzierung von Drohnenshows zu Silvester sei keine Aufgabe der Kommune. Wichtig sei, dass die Kommune ihre grundsätzlichen Aufgaben, für die Steuern gezahlt würden, wie Bildungssicherheit und Infrastruktur gewährleiste.
- Die Kommune sei auch für die Sicherheit und Einhaltung der Gesundheit ihrer Bürger zuständig. Dafür zu sorgen, dass Asthmatiker auch Silvester atmen können, diene der Sicherheit, so dass die gesundheitlichen Einschränkungen nach Möglichkeit zurückgefahren werden sollten. Wenn dies möglicherweise durch Drohnenshows erreicht werden könnte, sei dies hilfreich.
- Es wird darauf verwiesen, dass die Waldbrandgefahr aufgrund der Trockenheit auch im Winter gegeben sei und auch darüber aufgeklärt werden sollte.
- Es wird angeregt, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, mit welchen Mitteln ein kleines „Event“ möglich sei. Es sei noch ausreichend Zeit zur Auswertung vorhanden. Stelle es sich als unrealistisch heraus, sei es hinfällig.
- Es wird ein Prüfauftrag über Höhe der Kosten und die Zusammenfassung der Ziffern 3 und 4 des Antrages vorgeschlagen. Sicherlich gebe es auch günstigere Termine als Silvester. Auf der städtischen Homepage und in den Medien sollte ein Appell veröffentlicht werden, dass aufgrund der Lautstärke, der Umweltverschmutzung und in diesem Jahr aufgrund des Ukraine- Konfliktes auf Feuerwerk verzichtet werden solle.

Herr Kammann wirbt für den Antrag, da es um eine Prozessentwicklung gehe, um zu erreichen, dass sich das „Böllern“ reduziere und um eine Alternative zu bieten. Es gehe um das Umweltbewusstsein in Zusammenhang mit Feierlichkeiten zu Silvester. Da der Aussprache zu entnehmen gewesen sei, dass Teile des Antrages befürwortet werden könnten, andere jedoch nicht, schlägt er vor, über die Teile des Antrages einzeln abzustimmen.

Herr Daub informiert über Erfahrungen bzw. Vorgehensweisen in anderen Kommunen am Beispiel von Pforzheim in diesem Zusammenhang. CO<sup>2</sup>- Kosten seien nicht zu ermitteln, es gehe hier um statistische, volkswirtschaftliche Kosten, deren Höhe man nicht genau beziffern könne.

Zur Öffentlichkeitsarbeit habe M+Ö bereits mitgeteilt, dies entsprechend zu kommunizieren, so Herr O. Schmidt.

**Beschluss:**

Die Verwaltung prüft die Durchführung einer Drohnenshow und ermittelt die Kosten sowie die Umsetzbarkeit.

**Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 1 dagegen (AfD), 2 Enthaltungen (CDU)**

**15. AfUKE 01.09.2022**

**4.2      Hecken statt Zäune**  
**- Antrag der Volt-Fraktion -**

Vorlage Nr. AT 207/2022

Zunächst erläutert Herr Kammann den Antrag.

Seitens der Grünen könne der Antrag mitgetragen werden, so Frau Shirley. Die Verwaltung werde gebeten, die Forderung „Hecken statt Zäune“ inhaltlich noch zu unterfüttern, damit bestimmte Grundsätze erfüllt und angewandt würden und Hecken einen Bestandsschutz erhalten.

Schade sei, dass das Förderprogramm für Dach- und Fassadenbegrünungen in der Vergangenheit nicht so angenommen worden sei, so Herr Christian. Jetzt noch Hecken aufzunehmen halte er für schwierig und er frage die Verwaltung, ob dies klimaschutztechnisch sinnvoll sei. In den Gestaltungssatzungen seien seines Erachtens Hecken enthalten. Weiter frage er, ob beim Förderprogramm im Falle einer solchen Ergänzung Probleme zu erwarten seien.

Herr Klaas warnt davor, nicht noch in eine Diskussion über eine Heckensatzung zu geraten. Er habe nichts gegen Hecken, aber es sei sinnvoll nicht nur zu qualifizieren sondern auch zu quantifizieren.

Über Hecken alternativ zu Beton- oder Schottermauern könne man nachdenken, so Herr W. Schneider. Es seien jedoch immer zwei Parteien beteiligt, die sich einigen müssten. Dies betreffe auch den Erhalt einer möglichen Förderung. Man sollte in Neubaugebieten alles vermeiden, was die Stadt weiter aufheize und die Landwirte daran erinnern, dass Hecken die beste Klimaschutzmaßnahme darstellten.

Mittel seien 2019 für die Förderrichtlinie in Höhe von 10.000 Euro jährlich beschlossen worden, i. d. R. werde der Ansatz zu 50 % ausgeschöpft. Anträge seien ausschließlich für Dachbegrünung gestellt worden. Würden Hecken ergänzt, seien die Details zu klären. Ob entsprechende Nachfrage bestehe, könne derzeit nicht gesagt werden. Würden die Grenzabstände bei den Pflanzungen eingehalten, sehe er keine Nachbarschaftsprobleme, so Herr Dr. Wiedemann.

Herr Daub informiert über die vorhandenen Förderprogramme.

Die Politik bestimme das Ziel, die Verwaltung entscheide, wie diese Idee umzusetzen sei, so Herr Groß. Ein haushaltsrechtliches Problem ergebe sich nicht, da bisher die Mittel nicht vollständig abgerufen würden.

Für den BUND spricht sich Herr Semper dafür aus, aus naturschutzrechtlichen Gründen generell vorzuschreiben, dass bei einer Einfriedung eine Hecke vorzusehen sei.

Herr Grimm tut sich schwer, dem Antrag zu folgen, einem Prüfauftrag könne er jedoch zustimmen. Wenn man dem Antrag folge, stelle er sich die Frage, warum man nicht auch Photovoltaikzäune fördere.

Ob sich jemand für einen Zaun oder eine Hecke entscheide, hänge von verschiedenen Faktoren ab. Es gehe darum, was er an der Stelle bewirken wolle, wo er sich befinde und welche Möglichkeiten er habe. Es sei nicht Aufgabe der Politik, Eigentümern vorzuschreiben wie sie ihre Grundstücke zu gestalten haben, so Frau Six. Gehe es um eine Förderung, sei immer zu fragen, wer es zahle und wer davon profitiere. Warum sollte aus Steuermitteln jemand aus Feuersbach für das Pflanzen einer Hecke in Siegen zahlen oder andersherum jemand, der in Siegen eine Wohnung bewohne, für die Heckenumzäunung eines Grundstücks in Feuersbach.

Da zur Verfügung stehende Mittel derzeit nicht ausgeschöpft würden, werde durch die Aufnahme der Hecken in eine Förderung niemand zusätzlich belastet. Die Diskussion über eine Förderung an sich sollte nicht begonnen werden. Der bisherigen Aussprache habe sie nicht entnehmen können, dass Hecken nicht als förderwürdig angesehen werden, so dass ein gemeinsames Ergebnis erzielt werde könne. Sie bitte, das Förderprogramm entsprechend zu erweitern und die Verwaltung bezüglich der Details an die Hand zu geben, was besprochen worden sei, so Frau Shirley.

Herr Christian stimmt Frau Shirley zu, auch wenn bei ihm immer noch die Hoffnung bestehe, dass es mehr Interessenten für Dach- und Fassadenbegrünungen gebe. Einem Prüfauftrag könne er zustimmen.

Wenn man hinterfrage, wer für die Förderung zahle und wer profitiere, müsse man jede Förderung einstellen, da dies bei jeder Förderung der Fall sei. Dass durch Steuern für einen anderen gezahlt werde, sei das System der Förderung. Darüber hinaus gebe es eine Deckelung bei der Fassadenförderung. Auch die FDP- Fraktion könne sich mit einem Prüfauftrag anfreunden, so Herr W. Schneider.

Letztendlich habe der Rat die grundsätzliche Förderrichtlinie zur Dachbegrünung beschlossen, so Herr Klaas. Im Falle eines Prüfantrages komme somit das Ergebnis zunächst zur Beratung in den Ausschuss und zur Entscheidung über die Ergänzung in den Rat zurück.

Die Klimaschutzanpassungsförderrichtlinie laufe 2023 aus, so Herr Grimm. Er rege an, den Antrag bis zur Überarbeitung der Richtlinie zurückzuziehen.

Herr Daub resümiert über die vorgelegenen und bearbeiteten Förderanträge. Die Anträge zur Dachbegrünung seien überwiegend über das Landesprogramm abgewickelt worden. Po-

sitiv wäre, wenn ein solches Programm gemeinschaftlich mit der Umwelta Abteilung in eine Richtlinie subsummiert würde.

Wer für die Bearbeitung in der Verwaltung zuständig sei, interessiere die Politik nicht. Auch könne die Notwendigkeit einer neuen Ratsentscheidung durch die Verwaltung geprüft werden, da sich im Haushalt durch das Beziehen auf bereits vorhandene Mittel nichts verändere, so Herr Groß.

#### **Beschluss:**

Die "Richtlinie der Universitätsstadt Siegen zur Förderung von privaten Dach- und Fassadenbegrünungen" wird um Folgende Punkte ergänzt:

1. Ergänzung 2.3: "Maßnahmen 'Hecken statt Zäune'"
2. Ergänzung 4.4: "Hecken statt Zäune"

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Punkte 2.3 und 4.4 zu erarbeiten.

**Beratungsergebnis: 10 Stimmen dafür, 4 dagegen (AM Grimm/ Dinter/ Hinkel),  
1 Enthaltung(AM Klaas)**

**15. AfUKE 01.09.2022**

#### **5. Bericht der Stabsstelle Klimaschutz**

⇒ *Der Bericht der Stabsstelle Klimaschutz wurde im Vorfeld der Sitzung bereits ins Ratsinformationssystem eingestellt.*

Herr Daub berichtet und beantwortet die Detailfragen der Herren Christian, Groß und W. Schneider abschließend.

Zur Frage nach Photovoltaik in Zusammenhang mit Dächern der Kirchen informiert Frau Plümer den Ausschuss, dass die Ev. Landeskirche diesbezüglich alle Kirchengemeinden angeschrieben habe, sich für die denkmalgeschützten Gebäude mit den Denkmalbehörden ins Benehmen zu setzen. Es sei ein Klimaschutzmanager eingestellt und ein spezielles Förderprogramm aufgelegt worden.

⇒ *Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

**15. AfUKE 01.09.2022**

#### **6. Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Dr. Wiedemann informiert den Ausschuss, Herr Dr. Bauch sei aus der Baumkommission ausgeschieden. Die Nachfolge werde Herr Walter Schneider übernehmen. Der Stellvertreter für Herrn Schneider müsse noch benannt werden.



⇒ *Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis.*

**15. AfUKE 01.09.2022**

gez. Krumm  
Vorsitzende

gez. Mockenhaupt  
Schriftführerin